

Pressemitteilung

7. Juli 2016

Anhebung des Rentenniveaus

SPD-Linke fordert Umverteilung von unten nach oben

Die Parlamentarische Linke in der SPD Bundestagsfraktion (PL) fordert, das Rentenniveau auf mindestens 50 Prozent anzuheben. Private Altersvorsorge solle zudem künftig nicht mehr gefördert werden. Beide Forderungen ignorieren die Folgen des demografischen Wandels und würden vor allem die jüngeren Arbeitnehmer und Beitragszahler bis 2030 mit 352 Milliarden Euro zusätzlich belasten.

Berlin – Die Parlamentarische Linke will Rentnern Wahlgeschenke machen. Dafür bezahlen sollen andere: die Beitragszahler. Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** setzt sich für eine stabile, generationengerechte und faire Weiterentwicklung des Rentensystems ein. Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, warnt daher vor den möglichen Folgen der linken Rentenpläne:

„Die Forderung der Parlamentarischen Linken nach einer Erhöhung des Rentenniveaus auf 50 Prozent würde allein bis 2029 bis zu 52 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Dieses Geld müssten die Beitragszahler aufbringen. Der Beitragssatz der Rentenversicherung würde von derzeit 18,7 auf über 25 Prozent ansteigen. Die Genossen verschweigen dabei, wer von der Anhebung des Rentenniveaus am meisten profitieren würde: das sind nämlich nicht die Bezieher kleiner Renten, sondern all jene, die schon jetzt besonders hohe Renten bekommen. An der Situation armutsgefährdeter Rentnerinnen und Rentner würden sich hingegen kaum etwas ändern. Gleichzeitig diskreditieren die SPD-Abgeordneten die private, kapitalgedeckte Altersvorsorge völlig zu unrecht und verlangen, deren Förderung zu stoppen. Damit würden sie aber ausgerechnet denen die Altersvorsorge am stärksten kürzen, die am dringendsten auf zusätzliches Geld angewiesen sind: Niedriglohempfänger und Alleinerziehende. Das hat mit linker Politik sicher nichts zu tun, sondern wäre nach der Rente mit 63 nur ein weiteres Wahlgeschenk an die Generation der Babyboomer. Wer dazu beitragen will, dass Rentenniveau und Beitragssätze stabil und finanzierbar bleiben, muss die Folgen des demografischen Wandels fair verteilen, d.h. das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung koppeln, die betriebliche Altersvorsorge stärken und private Vorsorge verlässlich fördern.“

Die Position der INSM zum Thema Rente sowie Daten zu den Kosten einer Rentenniveau-Anhebung finden Sie auf www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Henet, Tel. 030 27877-174; henet@insm.de